

Resolution an die Landesregierung (Abschaffung der Straßenausbaubeiträge)

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Maring-Nowiand fordert die Landesregierung dazu auf, die Paragraphen 10 „Besondere Bestimmungen für Verkehrs- und Immissionsschutzanlagen“ und 10a „Wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen“ im Kommunalabgabengesetz des Landes Rheinland-Pfalz ersatzlos zu streichen. Die Einnahmehausfälle sind durch einheitliche und zweckgebundene Zuweisungen des Landes an die Kommunen vollständig zu kompensieren. **Die kommunale Zuständigkeit darf nicht eingeschränkt werden.**

Begründung

Die derzeitigen Bestrebungen der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, eine Vielzahl von bisherigen Kreisstraßen im Bereich der Gemeinde Maring-Nowiand abzustufen und damit die Straßenbaulast und Unterhaltungspflicht auf die Gemeinde zu übertragen, wird auf Dauer zu einer finanziellen Überforderung der Gemeindekasse führen.

Es gibt einen bundesweiten, parteiübergreifenden Trend zur Abschaffung der Ausbaubeiträge. Die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Berlin haben in jüngster Zeit diese Abschaffung bereits vollzogen. Auch der Steuerzahlerbund lehnt diese Beiträge ab und fordert das Land auf die Kommunen zu entlasten. Es entsteht hier eine Ungleichbehandlung von Bürgern aus Rheinland-Pfalz gegenüber anderen Bundesländern und selbst innerhalb von Rheinland-Pfalz kommt es zu unterschiedlichen Regelungen, was zu großem Unmut bei den Bürgern führt.

Die Städte Koblenz, Trier und weitere Kommunen haben parteiübergreifend in Resolutionen an die Landesregierung die Abschaffung der Ausbaubeiträge gefordert.

Angesichts der guten Haushaltslage des Landes ist diese Entlastung der Kommunen und Bürger durchaus möglich. Es ist inakzeptabel, dass die Haushalte des Landes RLP zu Lasten und auf Kosten der Kommunen saniert werden.

Die Abschaffung der Ausbaubeiträge würde die Verwaltungen vor Ort, die Gerichte, die Gemeinden und die Bürgerinnen und Bürger entlasten.